

Hemsbach in der Besatzungszeit 1945–1949

Die Entwicklung eines nordbadischen Dorfes in der Nachkriegszeit¹

Die Besatzungszeit 1945–1949 brachte in ganz Deutschland große Veränderungen mit sich und bedeutete für die Menschen enorme Belastungen. Dabei ist allerdings die Entwicklung nicht überall gleich verlaufen, sondern war gekennzeichnet durch die Unterschiede zwischen den verschiedenen Besatzungsmächten. Auch Baden, das im Süden zur französischen Besatzungszone und im Norden zur amerikanischen Zone gehörte, erfuhr eine unterschiedliche Entwicklung. Anhand des Ortes Hemsbach an der Bergstraße soll in diesem Beitrag aufgezeigt werden, welche Probleme, Sorgen und Herausforderungen auf die Bevölkerung in Nordbaden zukamen. Hier ist Hemsbach sicher keine Besonderheit, sondern vielmehr exemplarisch für kleine Orte in Nordbaden zu sehen.

DER 27. MÄRZ 1945 – KRIEGSENDE IN HEMSBACH

Am 27. März 1945 wurde, wie viele andere Orte in der Umgebung, auch Hemsbach von den Amerikanern eingenommen. Mit 100 Panzern rückten sie nach Hemsbach vor. An der ersten Weschnitzbrücke zwischen Hemsbach und Hüttenfeld bezogen sie Stellung und beschossen das Dorf, in dem ein Leutnant mit einer kleinen Truppe Soldaten vergeblich und ohne jede Aussicht auf Erfolg versuchte, die Ortschaft zu verteidigen. Die Hemsbacher Bevölkerung zeigte in dieser Phase keinen großen Verteidigungswillen mehr. Man hoffte, daß das Ende des Krieges nun bevorstand und die noch im Krieg befindlichen Angehörigen bald nach Hause kämen.² Von Zeitzeugen wird berichtet, daß sich einige Bewohner Hemsbachs und des Nachbarortes

Laudenbach, als die Eroberung Hemsbachs unmittelbar bevorstand, in Richtung Odenwald in Sicherheit bringen wollten. Allerdings rückten die Besatzer auch schon aus Richtung Birkenau näher und so traten die Hemsbacher bald ihre Rückkehr an.

Bei der Eroberung Hemsbachs durch amerikanische Truppen war der Schaden an Wohnraum relativ gering. 18 Wohngebäude wurden leicht beschädigt (bis 30%) und vier mittelstark (30–50%). Die schweren Zerstörungen trafen landwirtschaftliche Gebäude, wie Scheunen und Ställe. Betrachtet man den Gesamtbestand der Gebäude in der Gemeinde Hemsbach von 582, so läßt sich sagen, daß Hemsbach bei den Kriegseinwirkungen glimpflich davongekommen ist. Der Grund hierfür liegt sicherlich in der Tatsache, daß Hemsbach ländlich situiert war. In einer Meldung an das Statistische Landesamt Karlsruhe gibt das Bürgermeisteramt im Februar 1947 an, daß erst fünf der leicht beschädigten Gebäude und eins der schwer beschädigten wieder instand gesetzt wurden.³ Laut Aussage von Zeitzeugen mag der Grund hierfür in der Tatsache liegen, daß der Bevölkerung keine Hilfe zum Wiederaufbau seitens der Besatzungsmacht, des Landes oder der Gemeinde gegeben wurde. Des Weiteren herrschte in damaliger Zeit ein Mangel an Baumaterialien, die in durch Kriegseinwirkungen stärker betroffenen Städten und Ortschaften sowie zum Bau von Flüchtlingsunterkünften benötigt wurden. Betrachtet man außerdem die starke Zerstörung von Scheunen und Ställen, so wird man wohl in Betracht ziehen müssen, daß der Aufbau von Wohnräumen dringender erschien. In Hemsbach war der Wohnraum aber weitgehend erhalten und auch die Unterbringung von Flüchtlingen und Evakuierten war zu bewältigen.

Bei der militärischen Eroberung Hemsbachs kamen zwölf Bewohner, darunter vier Kinder, ums Leben. Von den Hemsbach verteidigenden deutschen Soldaten starben drei. Die Opfer dieses letzten Kriegstages wurden am Ostermontag in Hemsbach beigesetzt. Bei der Eroberung Hemsbachs wurde eine Frau und ihr achtjähriger Sohn schwer verletzt und von den Besatzern nach Neustadt an der Weinstraße gebracht, ohne daß die Angehörigen informiert wurden. Nach sieben Wochen wurden diese über das Schicksal von Mutter und Sohn aufgeklärt.⁴

Von diesem 27. März 1945 an war nun auch in Hemsbach der Krieg beendet und die Macht lag nun bei den amerikanischen Besatzern. Diese benötigten natürlich Unterkunft, die sie sich durch Zwang beschafften. So wurden verschiedene Bewohner im Ortskern ihres Hauses verwiesen und mußten bei Verwandten, Freunden oder Nachbarn wohnen. In einem Fall war es so, daß eine Familie die Wohnräume ihres Hauses räumen mußte, ohne daß sie dabei Mobiliar mitnehmen durfte. Zum Schlafen wurde diese Familie bei Nachbarn untergebracht, am Tage durfte sie sich in der Waschküche ihres Hauses aufhalten. Neben den ausgesuchten Wohnhäusern der Bevölkerung dienten die Krone und der Ratskeller als Quartier für die amerikanische Besatzungsmacht.

Nachdem die Amerikaner Hemsbach eingenommen hatten, verhängten sie für drei Tage ein Ausgangsverbot über die Bevölkerung. In dieser Zeit ordneten die Besatzer die Verhältnisse in Hemsbach in ihrem Sinne. Es begann die Namhaftmachung ortsführender Nationalsozialisten, die oftmals von Denunziation begleitet war⁵, die Einsetzung eines neuen Bürgermeisters und damit die Gewährleistung einer funktionierenden Gemeindeverwaltung.

DIE STAATLICHE NEUGLIEDERUNG DES DEUTSCHEN SÜDWESTENS

Nach der Eroberung Deutschlands durch die Alliierten wurden die Besatzungszonen festgelegt. Hemsbach befand sich nun in der amerikanischen Besatzungszone. Wie der Gouverneur der amerikanischen Militärregierung, Oberst William W. Dawson, am 8. Juli 1945

über Radio bekannt gab, wurde das Besatzungsgebiet der Amerikanischen Armee in Deutschland aus Verwaltungsgründen in zwei Militärbezirke aufgeteilt. Der östliche Bezirk umfaßte Bayern, der westliche Nordwürttemberg, Nordbaden und Teile Hessens sowie Kur-Hessens. Die Grenze zur französischen Besatzungszone entsprach den Kreisgrenzen südlich der Autobahn von Karlsruhe nach Ulm.⁶

Hemsbach, in Nordbaden gelegen, gehörte nun zum westlichen Militärbezirk der amerikanischen Besatzungszone. Auch nach der Abgrenzung der Besatzungszonen blieben die bisherigen verwaltungsmäßigen Einheiten Baden und Württemberg erhalten.⁷

In dem von ihnen besetzten Teil Badens errichteten die Amerikaner im Juni 1945 in Anknüpfung an die frühere Verwaltungsgliederung des Landes Baden als erste regionale deutsche Verwaltung das Landeskommissariat Mannheim-Heidelberg, das auch für Hemsbach zuständig war.⁸

Im Juli 1945 begannen die Amerikaner schließlich, ein längerfristiges Konzept für ihre Deutschlandpolitik zu entwickeln, mit der Absicht, über einen unten beginnenden organisatorischen Aufbau nach und nach zu einer Landesregierung zu kommen. Im Juli stand dann wohl auch der Entschluß fest, Nordbaden und Nordwürttemberg staatlich zusammenzuschließen.⁹

Am 7. August 1945 bot eine Offiziersdelegation der amerikanischen Militärregierung im Auftrag von Oberst Dawson dem früheren württembergischen Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Maier das Amt des Ministerpräsidenten in dem noch zu bildenden Land Württemberg-Baden an und beauftragte ihn mit der Bildung einer Regierung. Am 19. September 1945 verkündete General Eisenhower die Bildung des Landes Württemberg-Baden und damit die Ver selbständigung des amerikanischen Besatzungsgebiets im Südwesten Deutschlands.¹⁰

DIE AUSGANGSLAGE 1945

In ganz Nordbaden und speziell im Gebiet um Hemsbach mit den Städten Mannheim und Heidelberg waren das Verkehrsnetz und die Industrialisierung ausgeprägter und besser entwickelt als in Südbaden. Dies lag nicht zuletzt

an der Tatsache, daß sich in Nordbaden die größeren Städte befanden. Aus diesem Grund hatte Nordbaden im Krieg größere Zerstörungen erlitten als der südliche Teil des Landes. In Mannheim waren mehr als die Hälfte der Wohnungen zerstört, so daß Tausende von Menschen in Kellerräumen leben mußten. Die Rheinbrücke, die Mannheim mit Ludwigshafen verbindet, war ebenso zerstört worden wie die Neckarbrücken. Auch in Heidelberg waren vier Brücken nicht mehr benutzbar. Hinzu kam, daß gesunkene Schiffe auf den Flüssen den Verkehr erheblich blockierten. Auch in anderen Großstädten sah es nicht anders aus: Pforzheim war fast völlig zerstört und in Karlsruhe waren mehr als 25% der Häuser zerstört.¹¹

Die politische Führung lag in den einzelnen Gemeinden auch nach der Besetzung bei den Deutschen, z. T. durch antifaschistische bzw. antinationalsozialistische Komitees und Kampfverbände, die Nationalsozialisten bei der Militärregierung namhaft machten.¹²

Auch in Hemsbach wurde nach der Besetzung durch die Amerikaner schnell gehandelt. Der nach der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ 1933 ohne Wahlen ins Amt des Bürgermeisters gehobene Landwirt Reinhard Ehret wurde nach der Besetzung seines Amtes enthoben. Der damalige Bürgermeisterstellvertreter Himmel und einige nicht der NSDAP angehörigen Bürger schlugen am 1. April 1945 den Kaufmann Ernst Moll zum neuen Bürgermeister vor, der nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß er Englisch sprechen konnte von der Militärregierung als Bürgermeister eingesetzt wurde. Als Gemeinderäte wurden Heinrich Steinbacher, Karl Ströbel, Oswald Ehret, Johann Leib, August Brauch, Hermann Stamm, Karl Eberl und Wilhelm Brauch vorgeschlagen. Die bisherigen Gemeindebediensteten sollten weiter im Dienst bleiben. Als die amerikanische Militärverwaltung bestimmte, daß statt acht Gemeinderäten fünf Beigeordnete bestimmt werden sollten, wurden Hermann Stamm, Karl Eberl und Wilhelm Brauch aus ihren Ämtern entlassen.¹³

Am 16. August 1945 wurde Ernst Moll als kommissarischer Bürgermeister von Johann Leib, Mitglied der KPD, abgelöst. Dieser bekleidete das Amt ebenfalls kommissarisch bis Friedrich Weidenhammer, der 1933 entlassene Bür-

germeister, es 1946 bis zur Wahl 1948 wieder übernahm.¹⁴

DIE ZULASSUNG UND GRÜNDUNG VON POLITISCHEN PARTEIEN

Das Ziel der Amerikaner war die völlige Beseitigung des Nazismus und Militarismus in Deutschland. Dies konnte nur auf der Grundlage einer demokratischen Ordnung erfolgen, an der die Deutschen mitarbeiten sollten. Aus diesem Grund erlaubten die Amerikaner, übrigens früher als die Franzosen, in ihrer Zone die Gründung von politischen Parteien und Gewerkschaften.

Die offizielle Erlaubnis zur Gründung von Parteien auf Gemeinde- und Kreisebene erfolgte am 27. August 1945. Die Genehmigung zur Zulassung erfolgte dann auf Antrag jeder einzelnen Partei.¹⁵ SPD und KPD hatten jedoch schon bald nach der Besetzung Südwestdeutschlands mit der Aufbauarbeit für ihre Partei begonnen. In Mannheim trafen sich beispielsweise die Sozialdemokraten unbehindert von den Besatzungsbehörden. In Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg versuchten zur gleichen Zeit, jedoch unabhängig voneinander, christliche Gruppierungen sich politisch zu organisieren.¹⁶

Nach der Zulassung der Parteien auf Kommunalebene waren die Amerikaner zufrieden mit der Entwicklung. Die Gründungsversammlungen der Parteien waren gut besucht und ihre Verantwortlichen, zumeist Personen, die schon in der Weimarer Zeit politisch aktiv waren, hatten schnell eine rege öffentliche Tätigkeit entwickelt. Am 29. November 1945 dehnten die amerikanischen Besatzungsbehörden nun die Tätigkeit der Parteien aus und erlaubten die Organisation auf Landesebene. Schon drei Tage vorher beschlossen die nordwürttembergischen und nordbadischen Sozialdemokraten den Zusammenschluß zu einem Landesverband. Am 12. Dezember 1945 gaben die Amerikaner ihre Zustimmung. Am 18. Dezember 1945 schlossen sich auch die Kommunisten zu einem gemeinsamen Landesverband zusammen.¹⁷

Die christlichen Gruppierungen blieben zunächst noch getrennt. In Nordwürttemberg hatten sich im Oktober und November 1945

ebenso verschiedene christliche Parteien gegründet wie in Nordbaden.¹⁸ In Nordbaden formierten sich christliche Gruppierungen, die aus Vertretern des ehemaligen Zentrums und Angehörigen des Christlich-Sozialen Volksdienstes bestanden, zu Parteien. In Karlsruhe wurde am 4. August 1945 die „Christlich-Demokratische Partei“ (CDP) gegründet, ebenso in Mannheim. In Heidelberg nannte sich die Gruppe „Christlich-Soziale Union“. Im Dezember 1945 nahmen die nordbadischen christlichen Parteien den Namen CDU an. Am 10. Februar wurde aus den nordbadischen Gruppen in Heidelberg ein Landesverband gegründet.¹⁹

Die Liberalen in Nordbaden schlossen sich unter dem in Heidelberg wohnenden Theodor Heuss der in Nordwürttemberg entstandenen und ebenfalls liberalen DVP zusammen.²⁰ Am 11. Dezember 1945 beantragte die DVP ebenfalls die Genehmigung für die Bildung eines Landesverbandes.²¹

Im Februar 1946 wurde die Tätigkeit und die Kompetenzen der Parteien von der Besatzungsmacht erweitert. Den Parteien war es nun erlaubt, ohne besondere Genehmigung Ortsgruppen zu bilden.²²

PARTEIENGRÜNDUNG IN HEMSBACH

Auch in Hemsbach wurden nach der Genehmigung durch die Besatzungsmacht Parteien gegründet bzw. nahmen Parteien, die im Nationalsozialismus verboten wurden oder sich aufgelöst hatten wieder ihre Arbeit auf.

Am 4. Oktober gründete sich die Hemsbacher CDP. Aus dem handschriftlich verfaßten Gründungsprotokoll²³ geht hervor, daß bei der Gründung der Ortsgruppe zwölf Männer anwesend waren. Unter ihnen befand sich auch der evangelische Ortsgeistliche Pfarrer Oberacker, der zusammen mit seinem katholischen Kollegen Pfarrer Link, schon seit dem Sommer in unregelmäßigen Abständen zu Zusammenkünften eingeladen hatten, die schließlich zur offiziellen Formierung der CDP in Hemsbach führten.²⁴ In dieser Gründungsversammlung der CDP wurde Augustin Brauch zum ersten Vorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter wurde Richard Jung, der 1948 zum Bürgermeister gewählt wurde. Aus dem Wortlaut des Proto-

kolls geht hervor, daß die Gründungsmitglieder sich als Vorstreiter einer neuen politischen Zeit verstanden.

Nachdem sich die nordbadischen christlichen Parteien zwischen Dezember 1945 und Februar 1946 ortsübergreifend zu organisieren begannen, nahm auch die Hemsbacher CDP den Namen CDU an.

Der Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde im September 1945 wieder ins Leben gerufen. Nach der ersten Gemeinderatswahl im Januar 1946 stellte die SPD vier Gemeinderäte.²⁵

Die Freie Wählervereinigung Hemsbach gründete sich später als die anderen Parteien Hemsbachs und nahm auch nicht an der Gemeinderatswahl 1946 teil. Aus einer Informationsschrift der Freien Wähler Hemsbach geht hervor, daß sich wohl im Laufe des Jahres 1946 verschiedene Männer zusammengefunden haben, um durch Anträge und Vorschläge an den gewählten Gemeinderat politisch aktiv zu werden und an der Aufbauarbeit Hemsbachs mitzuwirken.²⁶ Im genannten Informationsblatt wird berichtet, daß die Freie Wählervereinigung Hemsbach erst bei der Gemeinderatswahl 1951 antrat, wogegen die Hemsbacher Chronik angibt, daß die Wählervereinigung bereits nach der Kommunalwahl im Dezember 1947 einen Gemeinderat stellte.²⁷

Über die Entstehung der KPD nach dem Krieg in Hemsbach finden sich keinerlei Dokumente, was vermutlich mit dem Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands 1956 durch das Bundesverfassungsgericht zusammenhängt. Aus der Gemeindechronik geht jedenfalls hervor, daß die KPD in Hemsbach ab 1945 ihre Arbeit wieder aufgenommen hatte und nach der Kommunalwahl 1947 zwei Sitze im Gemeinderat hatte.²⁸

Wie aus Briefen des Landratsamtes des Landkreises Mannheim an die Bürgermeister des Kreises ersichtlich ist, mußten noch bis Oktober 1946 die politischen Parteien bei der Militärregierung sich Versammlungen genehmigen lassen, Vereine mußten ihre Versammlungen und Übungsstunden in der Woche bis spätestens jeden Mittwoch vorher beim Landratsamt ankündigen, damit dieses die Militärregierung in Kenntnis setzen konnte. Das Genehmigungsverfahren für Versammlungen

politischer Parteien wurde von der zuständigen Militärregierung am 19. Oktober 1946 aufgehoben. Von da an mußten lediglich nachträglich die Versammlungen gemeldet werden.²⁹

DIE NEUORDNUNG DER GEMEINDE- UND KREISVERWALTUNGEN UND DIE ERSTEN KOMMUNALWAHLEN

Die ersten Kommunalwahlen fanden am 27. Januar 1946 in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern statt, in den größeren Städten dann am 26. Mai. Es waren die ersten freien Wahlen seit 1933. Wahlberechtigt waren alle Bürger, sofern sie nicht Mitglieder der NSDAP waren, die vor dem 1. Mai 1937 der Partei beigetreten waren oder die nach diesem Datum Mitglieder wurden, dann aber aktiv tätig waren oder eben der SS angehörten.³⁰

Am 28. April 1946 wurden dann in 28 Kreisen des Landes Württemberg-Baden die Kreistage gewählt, die dann jeweils ihren Landrat wählten.³¹

Im Landkreis Mannheim wurde Ernst Becherer am 1. September 1946 zum ersten Landrat gewählt. Zuvor bekleideten kommissarisch der Weinheimer Richard Freudenberg und Karl Geppert das Amt. Freudenberg wurde Ende Mai 1945, obwohl er nicht mit der NSDAP sympathisiert hatte, von der Militärregierung wegen seiner Tätigkeit bei der Deutschen Bank seines Amtes enthoben. Die amerikanische Militärregierung ernannte dann Karl Geppert kommissarisch zum Landrat. Er wurde am 4. März 1946 von der Militärregierung seines Amtes enthoben. Ihm folgte kommissarisch der Schwetzingener Bürgermeister Dr. Valentin Gaa, der das Amt bis zur Wahl Becherers inne hatte. Nachdem Ernst Becherer am 28. April 1948 in den Ruhestand trat, wurde Dr. Valentin Gaa erneut Landrat, diesmal allerdings gewählt. Er amtierte schließlich bis zu seinem Ruhestand im September 1970.³²

WAHLEN IN HEMSBACH 1946-1949

Der erste Hemsbacher Bürgermeister nach dem Krieg war der Kaufmann Ernst Moll. Nachdem er am 15. August 1945 von der Militärre-

gierung abgesetzt wurde, übernahm Johann Leib das Amt des Bürgermeisters kommissarisch.

Die erste Bürgermeisterwahl nach dem Krieg fand am 31. März 1946 statt. Die Wahl in den Gemeinden bis zu 20 000 Einwohnern war keine direkte Wahl des Volkes. Die amerikanische Militärregierung ordnete im März 1946 die Wahl der Bürgermeister auf zwei Jahre durch den Gemeinderat an. Wahlberechtigt waren alle im Januar bei der ersten Kommunalwahl gewählten Gemeinderäte. Die zu derzeit amtierenden Bürgermeister zählten nicht zu den gewählten Mitgliedern des Gemeinderates und waren deshalb nicht wahlberechtigt. In Hemsbach war der kommissarisch amtierende Bürgermeister Johann Leib jedoch zum Gemeinderat gewählt worden und war somit dennoch bei der Wahl zum Bürgermeister wahlberechtigt. Der einzige Kandidat war der 1879 geborene Friedrich Weidenhammer, der der SPD angehörte und bereits von 1931-1933 kommissarischer Bürgermeister der Gemeinde Hemsbach war. Für die Wahl, die am 31. März 1946 stattfand, wurde ein Wahlausschuß gebildet. Leiter des Wahlausschusses war der Buchhalter Walter Luber. Hinzu kamen zwei Beisitzer sowie der Schriftführer.³³

Im März 1947 erkrankte Friedrich Weidenhammer und die Amtsgeschäfte wurden von seinem Stellvertreter, dem später gewählten Richard Jung (CDU) geführt. Zwar kehrte Weidenhammer nochmals in sein Amt zurück, erkrankte kurz darauf jedoch erneut, was wohl auch ein Grund dafür war, daß er nicht mehr bei der Bürgermeisterwahl im Oktober 1948 kandidierte.

Die erste Bürgermeisterwahl durch das Volk fand am 1. Februar 1948 statt. Am 8. Februar trat der Sieger, Richard Jung, sein neues Amt an. Da er allerdings kurz danach verstarb, wurde eine erneute Wahl notwendig.³⁴

Diese fand am 3. Oktober 1948 statt. Wie aus dem Bekanntmachungsanschlag der Gemeinde vom 22. September 1948 hervorgeht, bewarben sich 14 Personen, ausschließlich Männer, um das Amt des Bürgermeisters. In einem weiteren Aushang gab die Gemeinde die Modalitäten zur Wahl bekannt. Die Gemeinde war in zwei Wahlbezirke eingeteilt. Im Wahlbezirk I wählten die männlichen Wähler. Sie

gaben ihre Stimme im ersten Stock des Rathauses ab. Die Frauen, Wahlberechtigte des zweiten Wahlbezirks, wählten im zweiten Stock des Rathauses.³⁵

Bei der Wahl am 3. Oktober konnte keiner der 14 Kandidaten die absolute Mehrheit von 1041 Stimmen erhalten. Die Stichwahl fand eine Woche später, am 10. Oktober 1948 zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen aus der ersten Wahl, Alois Schreckenberger, Kaufmann in Hemsbach und Hermann Lubert, Kaufmann in Eppingen im Kreis Sinsheim statt. Bei der Stichwahl wurden 2186 Stimmen abgegeben, wovon 120 ungültig waren. Von den abgegebenen gültigen 2066 Stimmen konnte Hermann Lubert 1100 auf sich vereinen und war damit zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Hemsbach gewählt.³⁶

Der unterlegene Alois Schreckenberger erhob allerdings am 16. Oktober 1948, fünf Tage nach Veröffentlichung, beim Gemeinderat Einspruch gegen das Wahlergebnis. Als Begründung führte er drei Punkte an. Der erste Grund seiner Anfechtung war die Tatsache, daß der Bruder des Kandidaten Lubert, Walter Lubert, Wahlvorstand und zugleich Wahlleiter im Wahlbezirk II war. Zweitens gab Schreckenberger an, mit den amtlichen Stimmzetteln sei durch die Wahlkommission Mißbrauch getrieben worden. Diese Behauptung stützte er durch die Tatsache, daß in zwei Fällen im Wahlbezirk I (Männer) Wahlumschläge mit je vier gleichlautenden Stimmzetteln für ihn abgegeben worden seien. Grund hierfür soll die Möglichkeit seiner Gegner gewesen sein, in Falle seines Wahlsieges diesen anfechten zu können. Des Weiteren bemerkte Schreckenberger, daß bis Abschluß der Wahl noch eine große Menge an nicht verwendeten Stimmzetteln vorhanden war. Über den Verbleib dieser Wahlzettel herrschte Unklarheit. Aus dieser Tatsache leitete Schreckenberger seinen dritten Grund der Anfechtung ab. Da es bei der Wahl zwischen zwei Kandidaten üblich gewesen sei, bereits während der Wahl die Stimmzettel vorzusortieren, sei es ein leichtes gewesen, bei der genauen Auszählung einen Teil der Stimmzettel für ihn, Schreckenberger, verschwinden zu lassen und ihn durch gefälschte Stimmzettel, die aus dem Überschuß an nicht gebrauchten Stimmzetteln hätten stammen können, ersetzten zu

lassen. Diese Behauptung untermauerte Schreckenberger mit dem Argument, daß in beiden Wahlbezirken er bei der Auszählung vorne gelegen habe und erst in den letzten zehn Minuten nur noch Stimmen für seinen Gegner Lubert gezählt wurden, was schließlich auch zu dessen Wahlsieg geführt habe.³⁷

Der Gemeinderat wies in seiner Wahlprüfungsverhandlung am 18. Oktober 1948 Schreckenbergers Vorwürfe als vollständig unbegründet zurück. Den ersten Anfechtungspunkt lehnte der Gemeinderat mit der Begründung ab, daß gemäß der Gemeindewahlordnung nur Kandidaten einer Wahl nicht Mitglieder des Wahlvorstandes sein dürften, auf Familienangehörige trafe dies nicht zu. Der zweite Vorwurf wurde durch die Tatsache entkräftet, daß, wie in der Wahlordnung vorgeschrieben, die mehreren gleichlautenden Stimmzettel in einem Wahlumschlag als eine Stimme galten und dementsprechend Schreckenberger angerechnet worden seien. Die vorgeworfene Wahlfälschung wiesen die bei der Auszählung anwesenden Gemeinderäte zurück. Sie sei schon von daher nicht möglich gewesen, da die Auszählung unter Einbeziehung der Öffentlichkeit erfolgte und 40–50 Personen dabei anwesend waren, u. a. auch die Söhne Schreckenbergers, die bei einer Unregelmäßigkeit wohl sofort Einspruch erhoben hätten. Daß erst gegen Ende die meisten Stimmen für Lubert ausgezählt worden seien, bewerteten die Gemeinderäte als Zufall. Desweiteren gaben sie an, daß zur leichteren und zügigeren Auszählung der Stimmen „*die Beisitzer die Wahlumschläge ordneten, die Stimmzettel geordnet nach Kandidat Nr. 1 und 2 dem Wahlvorstand zur Verlesung zureichten. Die Stimmzettel wurden demnach immer abwechselnd nach Nummer 1 und 2 verlesen.*“³⁸ Nach dieser Ablehnung der Vorwürfe Schreckenbergers durch den Gemeinderat ist neben der Weitergabe der Vorwürfe an den Landrat nichts über den Fortgang in dieser Angelegenheit im Gemeindearchiv zu finden. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die Wahl als gültig anerkannt blieb. Die Gemeindechronik berichtet von keiner weiteren Wahl und Bürgermeister Hermann Lubert wurde bei der nächsten Bürgermeisterwahl am 10. Oktober 1954 wiedergewählt.³⁹

Bevor nun die Gemeinderats- und Kreistagswahlen, die Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung und zum Landtag beleuchtet werden, ein paar Worte zum Quellenstand. Im Aktenverzeichnis des Gemeindecarchivs sind die Aktenordner zu diesen Wahlen aufgeführt. Nur sind leider diese Akten im Archiv nicht vorhanden. Bei der Stadtverwaltung Hemsbach hat man intensiv nach diesen Akten gesucht – leider vergeblich. Es ist darüber hinaus anzunehmen, daß die Akten dem Autor der Gemeindechronik „Hemsbach an der Bergstraße im Wandel der Zeit“ ebenfalls nicht vorlagen, da die Angaben darin sehr dürftig sind. Kastner kann lediglich Aussagen über Gemeinderatswahl im Januar 1946 machen⁴⁰, bei der Gemeinderats- und Kreistagswahl 1947 beschränkt er sich auf die Namen der Gewählten, ohne eine Quellenangabe zu machen. Über die Ergebnisse zur Wahl der Verfassungsgebenden Landesversammlung in Hemsbach kann Kastner ebenfalls keine Angaben machen. Bei meinen Ausführungen zu den Wahlen kann ich mich also nur auf die von Kastner gemachten Angaben sowie eigene Erkenntnisse aus verschiedenen Gemeinderatsprotokollen aus dieser Zeit stützen.

Wie bereits erläutert, waren die Kommunalwahlen im am 27. Januar 1946 die ersten Wahlen in Hemsbach nach dem Krieg. Wie aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 18. Januar 1946 hervorgeht, wurden die Bewohner Hemsbachs, wie auch bei den späteren Bürgermeisterwahlen, in zwei Wahlbezirke eingeteilt. Die männlichen Wähler bildeten den Wahlbezirk I, die weiblichen Wähler den Bezirk II.⁴¹ Bei der Wahl war allen Mitgliedern der NSDAP oder SS, die vor dem 1. Mai 1937 beigetreten waren sowie all denjenigen, die ein Amt bekleidet hatten das Wahlrecht entzogen worden. Der allgemeine Wahlausschuß hatte in dieser Zeit viele Fälle auf ihr Wahlrecht zu prüfen. Im Endeffekt blieben von 3424 Einwohnern Hemsbachs 1824 wahlberechtigt und 42 wurden von der Wahl ausgeschlossen. Zur Wahl traten die CDU, die SPD und die KPD an. Bei 45 ungültigen Stimmen konnte von 1688 abgegebenen gültigen Stimmen die CDU 676, die SPD 691 und die KPD 321 auf sich vereinen.⁴²

Die SPD stellte mit Walter Luber, Georg Adam Brauch, Oswald Ehret und Georg Röß-

ling vier Gemeinderäte. Die drei Sitze der CDU fielen auf Augustin Brauch, Richard Jung und Heinrich Steinbacher. Für die KPD saß der kommissarische Bürgermeister Johann Leib im Gemeinderat.⁴³

Nachdem am 7. März 1946 die neue Kreisordnung für Württemberg-Baden per Gesetz in Kraft getreten war, fand am 28. April 1946 die erste Kreistagswahl nach dem Krieg im Landkreis Mannheim statt. Es gab bei dieser Wahl keine Wahlkreise, sondern gebundene Listen für das gesamte Wahlgebiet. Die CDU erhielt 48,09% der Stimmen und stellte damit 17 Abgeordnete im Kreistag. Unter ihnen befand sich auch der Hemsbacher Adam Trautmann. Die SPD erreichte 37,49% der Stimmen und erhielt 14 Sitze, von denen einer auf den Hemsbacher Georg Adam Brauch entfiel. Die KPD stellte mit 14,42% Stimmenanteil fünf Kreistagsabgeordnete.⁴⁴

Zum dritten Mal im Jahre 1946 mußten die Hemsbacher am 30. Juni 1946 an die Wahlen. Es stand die Wahl zur *Verfassungsgebenden Landesversammlung* an, die nach dem Willen der Amerikaner die *Vorläufige Volksvertretung* ablösen sollte. Die Vorläufige Volksvertretung war aus der Landrätekonferenz am 23. November 1945 entstanden. An dieser Konferenz nahmen neben den Landräten Württemberg-Badens auch die Landesregierung, die Landesdirektoren des Inneren und der Wirtschaft aus Karlsruhe, Vertreter der Kirchen und der Berufsstände (Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft und die Gewerkschaften) teil. Mit einem Gesetz wurde dieses Zusammentreffen der verschiedenen Institutionen des Landes am 10. Januar 1946 in einen institutionellen Rahmen gefügt. Die gebildete *Vorläufige Volksvertretung* bestand aus 124 Mitgliedern, die sich zusammensetzten aus dem Präsidenten der Vertretung, dem Ministerpräsidenten, den Ministern, Vertretern der vier zugelassenen Parteien (CDU, SPD, DVP, KPD), der Berufsstände, der Hochschulen, der Kirchen und den Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Pforzheim, Karlsruhe, Ulm, Heilbronn und Stuttgart. Die *Vorläufige Volksvertretung* hatte das Recht, zu den Gesetzentwürfen und dem Entwurf des Staatshaushaltes der Landesregierung Stellung zu

nehmen sowie der Regierung Empfehlungen und Vorschläge zu machen. Ihre konstituierende Sitzung hatte die *Vorläufige Volksvertretung* am 16. Januar 1946.⁴⁵

Schon kurz nach der Konstituierung der *Vorläufigen Volksvertretung*, nämlich im Februar 1946, wurde der Termin für die Wahl zu *Verfassungsgebenden Landesversammlung* am 30. Juni 1946 festgelegt. Zu den Ergebnissen dieser Wahl finden sich in Hemsbach keine Hinweise, bis auf die erneute Festlegung der Wahlbezirke nach männlichen und weiblichen Wählern und der Einteilung von je sechs Personen als Wahlkommission in den Wahlbezirken im Gemeinderatsprotokoll vom 11. Juni 1946.⁴⁶ Landesweit lag die Wahlbeteiligung bei 67,6%. Von den 100 zu vergebenden Sitze konnte die CDU bei der Wahl 41 Sitze erringen, die SPD 32, die DVP 17 und die KPD 10.⁴⁷

Am 24. November 1946 fand dann die erste Landtagswahl statt. Landesweit brachte die Wahl der CDU 39 Sitze, der SPD 32, der DVP 19 und der KPD 10 Sitze. Der seit 1945 amtierende Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier wurde wiedergewählt und führte seine Allparteienregierung fort.⁴⁸

In Hemsbach lag die Wahlbeteiligung bei 85,9%. Von den 3986 Hemsbacher Einwohnern waren 2091 wahlberechtigt. Ungefähr 100 Personen war das Wahlrecht, wie schon bei der Kommunalwahl im Januar, wegen ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP aberkannt worden. Von den 1796 abgegebenen Stimmen waren 148 ungültig. Von den 1648 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die SPD 37%, die CDU 29%, die KPD 25% und die FDP/DVP 9%.⁴⁹

Am 7. Dezember 1947 fanden die nächsten Gemeinderats- und Kreistagswahlen statt. Für die Kreistagswahl des Landkreises Mannheim wurden nun zum ersten Mal sieben Wahlkreise gebildet: Weinheim, Schwetzingen, Hockenheim, Brühl, Plankstadt, Ladenburg und Großsachsen. Neu an dieser Wahl war auch, daß die nun 40 Kreisabgeordnete auf sechs Jahre gewählt wurden. Zum ersten Mal war nach dieser Wahl die DVP im Kreistag des Landkreises Mannheim vertreten und nahm der KPD den Rang der drittstärksten Fraktion ab. Im einzelnen sah das Wahlergebnis für den gesamten

Kreis folgendermaßen aus: CDU 35%, SPD 33%, DVP 19% und KPD 13%.⁵⁰

Nach dieser Wahl war kein Hemsbacher im Kreistag vertreten. Erst in der nächsten Legislaturperiode nach der Wahl 1953 wurde der spätere langjährige Bürgermeister Hans Michel für die SPD Kreistagsabgeordneter.⁵¹

Bei der Gemeinderatswahl, die am gleichen Tag stattfand, wurden für Hemsbach sechs Gemeinderäte auf sechs Jahre gewählt und sechs Gemeinderäte auf drei Jahre gewählt.⁵² Die CDU stellte fortan fünf Gemeinderäte, die SPD vier.⁵³ Die KPD erhielt zwei Sitze, die Wählervereinigung stellte einen Gemeinderat.⁵⁴

Neu bei dieser Gemeinderatswahl war, daß erstmals auch die Heimatvertriebenen in den Vordergrund traten. Die Hemsbacher Wahlgepflogenheiten hatten sich auch bei dieser Wahl nicht geändert. Wieder wählten die Männer, die den Wahlbezirk I stellten, im ersten Stock des Rathauses, die Frauen (Wahlbezirk II) wählten im zweiten Stock. Die Wahlkommissionen waren bei dieser Wahl allerdings vergrößert worden. In jedem Wahlbezirk sorgten nun neun Helfer für den Ablauf der Wahl. Daß nun mehr Wahlhelfer benötigt wurden, mag an der gestiegenen Einwohnerzahl Hemsbachs gelegen haben, schließlich hatte die Bevölkerungszahl Ende 1947 die 4000-Marke bereits übersprungen.⁵⁵

Abschließend läßt sich zu den Wahlen in Hemsbach sagen, daß das Verständnis für den politischen Neubeginn und die damit verbundenen Wahlen vorhanden war. Dies spiegelt sich in den relativ hohen Wahlbeteiligungen wider, die immer über 80% lagen. Sicherlich kann man behaupten, daß der Übergang zur Demokratie und den dazugehörigen Wahlen zunächst langsam anlief. Auf die ersten Gemeindevertreter (Bürgermeister und Gemeinderäte) hatten die Hemsbacher Einwohner keinen Einfluß, sondern mußten das akzeptieren, was ihnen von der Militärregierung vorgesetzt wurde. Daß dies nicht immer im Sinne der Bürger war, läßt eine spätere Auseinandersetzung des Gemeinderates mit dem kommissarisch eingesetzten Bürgermeister Ernst Moll vermuten.⁵⁶ Untermuert wird dies durch die Aussagen von Zeitzeugen.

Das erste Mal konnten die Hemsbacher bei der Kommunalwahl im Januar 1946 Einfluß auf

die Verwaltung ihrer Gemeinde nehmen. Kritisiert werden kann hier, daß nicht alle Hemsbacher Einwohner mitentscheiden durften, da ihnen entweder durch ihre Parteizugehörigkeit das Wahlrecht entzogen worden war, oder sie als Flüchtlinge und Vertriebene noch kein Wahlrecht hatten, da diese erst nach einjähriger Anwesenheit in der Gemeinde wahlberechtigt waren.⁵⁷ Letzteres änderte sich allerdings bei der Wahl im Dezember 1947. Betrachtet man die Kommunalwahlen darf man nicht vergessen, daß die Hemsbacher erst 1948 ihr Gemeindeoberhaupt, den Bürgermeister direkt wählen durften. Da dem Bürgermeister in der Zeit der Besatzung eine starke Stellung zukam, ist diese späte Einflußnahme der Bevölkerung meines Erachtens als undemokratisch zu werten.

Auffällig ist die Rolle der KPD. Es wird berichtet, daß die KPD vor dem Nationalsozialismus ein größeres Gewicht in Hemsbach hatte. So wundert es nicht, daß die Partei zu den ersten in Hemsbach gehörte, die sich nach dem Krieg neu formierten. Stützend kam in dieser Zeit sicherlich hinzu, daß die amerikanische Besatzungsmacht sich beim demokratischen Neubeginn auch in Hemsbach auf die Kommunisten stützte, waren diese doch im Nationalsozialismus zu Sündenböcken gemacht und verfolgt worden. Hieraus resultierte sicherlich auch die Ernennung Johann Leibs nach der Absetzung Ernst Molls als Bürgermeister. Es gilt aber zu beobachten, daß das Gewicht der KPD in Hemsbach von 1946 an stetig abnahm. Erreichte die KPD bei der Landtagswahl 1946 mit 25,3% Stimmenanteil nur knapp 4% weniger als die CDU, so erhielt sie bei der nächsten Landtagswahl 1952 in Hemsbach nur noch 6,3%.⁵⁸ Daß die KPD in dieser Zeit nicht nur in Hemsbach an Gewicht verlor, mag an der Tatsache gelegen haben, daß sie wenig Anhänger unter den Vertriebenen und Flüchtlingen, die nun als Neubürger ebenfalls wahlberechtigt waren, hatten. Diese lehnten die KPD wegen ihrer Verbundenheit mit den kommunistisch regierten Ländern in Osteuropa ab.⁵⁹ CDU und SPD dagegen haben sich in Hemsbach bis in die heutige Zeit hinein als in der Wählergunst gleichgestellte Parteien herauskristallisiert. Nicht nur im Zeitraum 1946-1949 war ihr Gewicht im Hemsbacher Gemeinderat ausgeglichen.

DIE VERSORGLAGE DER HEMSBACHER BEVÖLKERUNG VOR UND NACH DER WÄHRUNGSREFORM

Am 16. August 1945 ordnete die Landwirtschaftskammer Nordbaden für die Städte Mannheim und Heidelberg sowie die entsprechenden Landkreise die Bildung eines Marktleistungsausschusses für jede Gemeinde, bestehend aus dem Bürgermeister, dem Ortsbeauftragten für Landwirtschaft, dem Rechner der Ein- und Verkaufsgenossenschaft und ein bis zwei erfahrenen Landwirten sowie eventuell einem Vertreter der Verbraucherschaft an. In Hemsbach wurde der Marktleistungsausschuß am 30. August 1945 gebildet. Die Aufgabe wurde im Schreiben der Landwirtschaftskammer Nordbaden mit der „*Erfassung und Ablieferung aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die Durchführung der angeordneten Bewirtschaftungs-Maßnahmen*“ definiert. Als Grund für die sofortige Bildung des Marktleistungsausschusses nannte die Landwirtschaftskammer die Probleme bei der Erfassung und Ablieferung der Milch. „*Die Milchablieferung läßt in einzelnen Gemeinden sehr zu wünschen übrig, so daß die Versorgung der Städte dadurch ernstlich gefährdet ist.*“⁶⁰

Die Gemeindechronik berichtet, daß zu dem Zeitpunkt, als der Marktleistungsausschuß gebildet wurde und in der Folgezeit die Gemeinde Schwierigkeiten hatte, das geforderte Soll zu erfüllen. Die Abgabe von Getreide, Milch, Eiern und „*eierablieferungspflichtigen Hühnern*“ soll wegen der geringen Zahl von 49 hauptberuflichen Bauern in Hemsbach mit großen Problemen behaftet gewesen sein.⁶¹ Berücksichtigt man aber die nicht geringe Anzahl von Hemsbacher Bürgern, die von jeher eigene Ländereien und auch eigenes Vieh besaßen und die Landwirtschaft nebenerwerblich betrieben, entsteht Zweifel an dem beklagten Mangel. Und in der Tat berichten Hemsbacher Zeitzeugen, daß die damalige Stammbevölkerung, die Flüchtlinge und Evakuierten ausgenommen, nahezu keinen Hunger leiden mußten und stets über ausreichend Lebensmittel verfügten, da sie diese z. T. vorsätzlich nicht als vorhanden meldeten und damit nichts abgaben. Ein Marktleistungsausschuß bestehend aus Hemsbacher Bürgern,

also zur Ortsgemeinschaft gehörenden, vermochte meines Erachtens hier keine objektive Kontrollaufgabe übernehmen zu können. Andererseits ist es natürlich verständlich, und sicher in einer nach dem Krieg entstandenen Belastung in der menschlichen Natur liegend, daß jeder Bürger Hemsbachs und anderenorts zunächst auf sein Wohl und das seiner Familie bedacht war. Die Möglichkeit hierzu lag natürlich in der ländlichen Lage Hemsbachs, wo von jeher die Menschen ihre Lebensmittel selbst erzeugten.

Bei der Betrachtung der somit nicht ungünstigen Versorgungslage im Lebensmittelbereich liegt es nahe, einen genaueren Blick auf den Schwarzmarkt bzw. Graumarkt zu werfen. In der Tat berichten Hemsbacher von einem florierenden Schwarzmarkt in dieser Zeit. Immer wieder sollen Mannheimer Bürger nach Hemsbach gekommen sein, um bei den Bauern und Nebenerwerbsbauern Wertgegenstände gegen Lebensmittel zu tauschen. Die marode Reichsmark spielte zu diesem Zeitpunkt als Zahlungsmittel keine Rolle mehr. Dies zeigt ein Zeitzeugenbericht über einen ortsansässigen Arzt, der für die Behandlung von Patienten bei Hausbesuchen Milch verlangte, die er in eine große Milchkanne, die stets in seinem Auto stand, füllen ließ.

Mit der Bildung der schon erwähnten Hofbegehungskommissionen 1947 versuchte man den Schwarzhandel einzudämmen und die Einhaltung der Ablieferungspflicht zu kontrollieren. Allerdings änderte auch dies nichts an der Situation in Hemsbach. Man könnte meinen, im Dorf lief alles anders, denn auch jetzt zweigten die Hemsbacher Stambürger, die die Möglichkeit dazu hatten, von ihrem Abgabekontingent heimlich zusätzliche Lebensmittel für ihren eigenen Bedarf ab. Außerdem war man stets darauf bedacht, nicht als Vollselbstverpfleger eingestuft zu werden, da man so den Anspruch auf Lebensmittelmarken verlor. Bei der Zuteilung von Lebensmittelkarten wurde unterschieden zwischen Normalverbraucher, Teil- und Vollselbstversorger. Die Zuteilung von Lebensmitteln war schon während des Krieges über Bezugskarten erfolgt, und da in der Regel die Versorgungslage nach dem Krieg, nicht zuletzt wegen der Zuweisung von Flüchtlingen, Vertriebenen und Evakuierten, kritischer war als zuvor, wurde das Zuteilungssystem über Karten

beibehalten. Der Bezug von Gütern wurde auch in anderen Bereichen, nicht nur im Lebensmittelsektor, über Zuteilungskarten geregelt.⁶²

Obwohl nun, zumindest offiziell, alle Güter erfaßt und die Verteilung entsprechend gesichert wurde, herrschte im Herbst und Winter 1945/46 ein großer Mangel an Gütern des täglichen Bedarfs, an Baumaterial und an Brennmaterial. War die Versorgung der meisten Hemsbacher mit Lebensmitteln in dieser Zeit nicht ungünstig, so war die Versorgung mit diesen Gütern genauso schwierig wie im ganzen Land. Hemsbacher Zeitzeugen berichten von leergeäumten Wäldern in dieser Zeit. Nichts lag auf dem Waldboden, denn alles, was brennbar war, wurde gesammelt. Dieses Sammeln von Holz war auch eine Folge des großen Kohlemangels, der Herbst und Winter 1946/47 seinen Höhepunkt erreichte. Auch bei der Versorgung mit Baumaterialien sah es nicht besser aus. So gestaltete sich bei vielen der Wiederaufbau ihrer bei der Eroberung Hemsbachs zerstörten Häuser als schwierig.

Die Versorgung mit Kleidung war ebenfalls nicht besser. Vor allem die Flüchtlinge und Evakuierten, die oftmals ohne Hab und Gut ihr Zuhause verlassen mußten, waren in diesem Bereich schlecht versorgt. Deshalb erhielten diese neben den heimkehrenden Soldaten, Bombengeschädigten und denen, die auf Grund von politischer Verfolgung ihr Hab und Gut verloren hatte, das Gros der Bezugsscheine für Kleidung. Die übrige Bevölkerung ging fast leer aus. Die Not im Bekleidungssektor war im ganzen Land so groß, daß die amerikanische Besatzungsmacht es erlaubte, daß ehemalige deutsche Militäruniformen getragen wurden. Diese mußten allerdings umgefärbt sein und durften nicht die Farben schwarz, blau oder olivgrün haben.⁶³

Der große Mangel im Konsumgüterbereich führte natürlich zu einer Steigerung der schon erwähnten Schwarzmarktproblematik. Tausch- und Kompensationsgeschäfte gewannen zunehmend an Bedeutung und sogar Lebensmittelkarten und Bezugsscheine sollen auf dem Schwarzmarkt gehandelt worden sein. Hinzu kam, daß Kaufleute und Händler Waren zurückgehalten haben sollen. Besonders schlimm war der Mangel an Brennmaterialien und Kleidungsstücken im harten Winter 1946/47.⁶⁴

Aufgrund der Tatsache, daß die marode Reichsmark kein effektives Zahlungsmittel mehr darstellte und die Wirtschaft drohte, in gänzliche Anarchie zu verfallen, wurde eine Währungsreform notwendig. Im einzelnen soll hier nicht auf Durchführung und die politische Bedeutung der Währungsreform eingegangen werden. Von Interesse ist hier nur, welche Folgen sie für die Hemsbacher Bevölkerung hatte.

Am 20. Juni 1948 war es soweit und die Reichsmark verlor ihre Gültigkeit und wurde durch die Deutsche Mark ersetzt. Die Bevölkerung durfte 60 Reichsmark im Verhältnis 1:1 umtauschen. 40 DM erhielten die Deutschen davon am 20. Juni 1948, die restlichen 20 DM wurden im August ausbezahlt. Die Spar- und Bankguthaben wurden im Verhältnis 100 Reichsmark zu 6,50 DM umgetauscht.⁶⁵ In Hemsbach wurden die 40 DM am 20. Juni im Rathaus der Bevölkerung ausgezahlt. Noch heute erinnern sich Hemsbacher an die lange Schlange vor der Auszahlungsstelle. Endlich erhielt man wieder ein brauchbares Zahlungsmittel, das auch gleich eingesetzt werden konnte. Wie überall in den damaligen Westzonen waren auch in Hemsbach die zuvor leeren Schaufenster der Läden mit dem Tag der Währungsumstellung wieder gefüllt.

DIE AUSWIRKUNGEN DER ENTNAZIFIZIERUNG AUF HEMSBACH UND SEINE BÜRGER

In ersten Kontakt mit den Entnazifizierungsmaßnahmen der Amerikaner kamen die Hemsbacher gleich nach der Eroberung des Ortes. Zuerst wurden die Verantwortlichen in der Gemeinde, allen voran Bürgermeister Ehret, sowie die führenden Personen in den ortsansässigen NS-Organisationen ihrer Ämter enthoben. So wurden laut Aussagen von Zeitzeugen Bürgermeister Ehret und andere führende Parteimitglieder im Zuge des „Automatischen Arrests“ in Haft genommen.

Nachdem das Gesetz Nr. 8 am 26. September 1945 in Kraft trat, waren nun nicht nur die Bewohner Hemsbachs von den Entnazifizierung betroffen, die im öffentlichen Dienst als Beamte oder Angestellte tätig waren, sondern alle. Das Gesetz bedeutete ein „*Verbot der Beschäftigung von Mitgliedern der NSDAP in*

geschäftlichen Unternehmen und für andere Zwecke mit Ausnahme der Beschäftigung als gewöhnliche Arbeiter“.⁶⁶ Entgegen den bisher vom Entnazifizierungsgesetz betroffenen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst hatten die nun Betroffenen die Möglichkeit, gegen ihre Entlassung oder Nichteinstellung Einspruch einzulegen. Dieses Rechtsmittel war die sogenannte „Vorstellung“. Das Vorstellungsgesuch mußte von den Betroffenen beim Bürgermeister eingereicht werden, der es dann an das Landratsamt weiterzuleiten hatte. Über das Gesuch hatte dann ein Prüfungsausschuß zu befinden, der seine Entscheidung in letzter Instanz der Militärregierung vorzulegen hatte.

Als berechtigt, einen Vorstellungsgesuch zu stellen, war derjenige, der zu recht behauptete, daß er „*lediglich dem Namen nach Nationalsozialist war und daß er sich nicht aktiv für eine Tätigkeit der NSDAP oder einer angeschlossenen Organisation eingesetzt hat*“.⁶⁷ In diesem Zusammenhang hatte der Antragsteller die Beweispflicht, daß die von ihm gemachten Angaben auf dem auszufüllenden Fragebogen korrekt waren. Hierbei konnten Urkunden, Auskünfte von (polizeilichen) Amtsstellen und Aussagen von Zeugen als Beweise dienen. In dieser Zeit entstanden die sogenannten „Persilscheine“, die bis zum Abschluß der gesamten Entnazifizierung von Bedeutung waren. Schriftliche Entlastungszeugnisse waren besonders wirkungsvoll, wenn sie von Pfarrern sowie von politisch und rassistisch Verfolgten, aber auch Vorgesetzten, Untergebenen und Geschäftsfreunden ausgestellt waren. Die Wirkung dieser „Persilscheine“ verfehlte, wie eine Betrachtung der gesamten Problematik in Bayern zeigt und wohl auch für Württemberg-Baden gegolten haben dürfte, jedoch bald ihren Zweck. Die Entlastungszeugnisse wurden in großer Zahl beigebracht, was die Vermutung aufkommen läßt, daß sie vielleicht in Form von Lebensmitteln anderen Gütern gekauft wurden.⁶⁸ Auch in Hemsbach wird von der Suche nach „Persilscheinen“ berichtet. Anlaufstellen waren hierbei die Personenkreise, die schon in den ersten Tagen der Besetzung von den Amerikanern zu Hilfe gerufen wurden, also Kommunisten, Sozialdemokraten und die Geistlichen.

Das Gesetz, das die Entlassung oder Überführung ins Arbeitsverhältnis als einfacher

Arbeiter aller betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bis 20. Oktober 1945 vorsah, konnte Ausnahmen, wenn eine Weiterbeschäftigung im Interesse der Gesundheit und Sicherung der Bevölkerung lag. Die Genehmigung für die Weiterbeschäftigung erteilte zunächst mündlich der Bürgermeister. Die endgültige Entscheidung, ob die Betroffenen während ihres Verfahrens bzw. Vorstellungsverfahrens weiter tätig sein durften, traf die amerikanische Militärregierung. Eine derartige Sondergenehmigung gab es in mindestens einem Fall auch in Hemsbach. Im Gemeindearchiv findet sich die Erlaubnis zur Weiterführung des früheren Hotels „Zur Bergstraße“, das zu damaliger Zeit hauptsächlich zur Unterbringung Durchreisender und zur Abgabe von 25–30 Mahlzeiten pro Tag an Ortsbewohner, vermutlich Vertriebene, diente. Der Bürgermeister begründete die Sondergenehmigung für den Wirt, der seit 1. April 1941 Mitglied der NSDAP gewesen und somit vom Entnazifizierungsgesetz betroffen war, mit den Schwierigkeiten, die der Gemeinde Hemsbach beim Wegfall dieses Geschäfts entstanden wären. Die Bereitstellung einer Unterkunft für Durchreisende wäre der Gemeinde ebenso wenig möglich gewesen wie die Bereitstellung der täglich benötigten Mahlzeiten.⁶⁹

Das Vorstellungsverfahren erfuhr Ende November 1945 eine Änderung. Von nun an mußte das Vorstellungsgesuch vom Bürgermeister zunächst an den örtlichen Entnazifizierungsausschuß weitergeleitet werden. Dieser bestand in Gemeinden unter 3000 Einwohnern aus drei Mitgliedern, in Gemeinden über 3000 Einwohnern aus fünf Mitgliedern. Dem Ausschuß gehörten politisch unbelastete Bürger an, die zu dem Gesuch Stellung zu nehmen und ihn dann an den Hilfsprüfungsausschuß weiterzuleiten hatten. Im Landkreis Mannheim wurden fünf Hilfsprüfungsausschüsse gebildet: Weinheim, Ladenburg, Schwetzingen, Schriesheim und Hockenheim. Der für Hemsbach zuständige Ausschuß in Weinheim war zudem für Sulzbach, Laudenbach und Lützelsachsen zuständig. Die Mitglieder der Hilfsprüfungsausschüsse wurden auf Vorschlag der Bürgermeister nach Überprüfung durch die Militärregierung vom Landrat ernannt. Ihre Aufgabe bestand in der Prüfung des Gesuchs durch Untersuchung der Unterlagen und Anhörung

von Zeugen sowie einer vorläufigen Entscheidungsfällung. In jedem Fall mußte die Entscheidung mit einer Stellungnahme an den Hauptprüfungsausschuß weitergeleitet werden. Entschied der Hilfsprüfungsausschuß das Gesuch positiv, so wurde eine vorläufige Beschäftigungserlaubnis erlassen.⁷⁰

Der Hauptprüfungsausschuß bestand aus sieben vom Landrat mit Genehmigung der Militärregierung ernannten politisch unbelasteten Personen. Es wurden im Landkreis Mannheim zwei Hauptprüfungsausschüsse gebildet.⁷¹

Wichtig ist an dieser Stelle festzuhalten, daß es sich bei diesem hochbürokratischen Aufbau noch nicht um das eigentliche Entnazifizierungsverfahren, das später vor den Spruchkammern entschieden wurde, handelte, sondern um den Einspruch der Betroffenen gegen ihr Beschäftigungsverbot. In den Vorstellungsgesuchen ging es für die Betroffenen um ihre Existenz, die durch ein Berufsverbot gefährdet war.

Nach einem Erlaß gab es ab dem 30. November 1945 zudem für Geschäftseigentümer die Möglichkeit, einen Geschäftsführer zu ernennen. Außerdem war die Einsetzung eines Treuhänders durch den Landrat oder die Militärregierung möglich. Geschäftsführer konnten die Ehepartner der Geschäftsinhaber oder sonstige Verwandte sein, sofern sie im Sinne des Entnazifizierungsgesetzes politisch unbelastet waren. Treuhänder wurden dann eingesetzt, wenn der Geschäftseigentümer freiwillig zurücktrat oder sein Vorstellungsbescheid negativ entschieden wurde und er somit endgültig als Geschäftsführer ausschied. Auch Hemsbacher Betriebe waren von dieser Regelung betroffen.⁷²

Man kann sich vorstellen, wie sehr diese Maßnahmen die Hemsbacher Bevölkerung belastet haben. Sicherlich ist die mitunter verbreitete Feindseligkeit zwischen den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, Anhängern oder auch Duldern zu sehen. Es mutet an, daß vielleicht in dieser Zeit die Gelegenheit genutzt wurde, sich für so manche Schmach und Unterdrückung während des Dritten Reiches zu revanchieren, in dem man nun die entsprechenden Personen denunzierte. Diese wiederum mögen, da sie sich ihrem mutmaßlichen Fehlverhalten oder auch

Schuld vielleicht bewußt waren, nun in Angst und Furcht gelebt haben – Angst und Furcht vor dem Verlust ihrer Existenz. Vielen Selbständigen, die sich ihre Geschäfte schon vor langer Zeit aufgebaut hatten, drohte nun, diese zu verlieren. Klar, daß sie, nicht zuletzt um ihre Familie weiter ernähren zu können, um ihre Existenz kämpften, in dem sie ein Vorstellungsgesuch einreichten.

Wie aus Gesprächen mit Hemsbacher Bürgern hervorgeht, darf man nicht die Belastung für die entlassenen Beamten, die keine Möglichkeit zur Vorstellung hatten, vergessen. Auch sie hatten Familien zu ernähren und dabei aber keine Aussicht, wieder in ihrem alten Beruf tätig werden zu können. Sie mußten sich neue Berufe suchen, um ihre Existenz zu sichern. Über die Erfahrungen und Auswirkungen der Spruchkammerverfahren lassen sich im Archiv keine Hinweise finden. Dies soll hier auch nicht von Bedeutung sein, zumal es nicht darum geht, einzelne Fälle darzustellen. Es wird in Hemsbach lediglich berichtet, daß die Verantwortlichen aus der Nazi-Zeit schnell im Dorf rehabilitiert waren. Nachdem sie z. T. ihre Haftstrafen verbüßt hatten, kehrten sie nach Hemsbach zurück. Hinzu kamen auch in Hemsbach Personen, die sich bei Beginn der Entnazifizierung noch in Kriegsgefangenschaft befanden und nach ihrer Rückkehr „durch die Maschen fielen“. Sofern diese kein wirtschaftliches Unternehmen besaßen, fielen sie nicht weiter auf, oder wurden vielleicht aufgrund der Überlastung der Spruchkammern nicht beachtet.

FLÜCHTLINGE, VERTRIEBENE UND EVAKUIERTE IN HEMSBACH

Als *Evakuierte* werden Personen, meist Frauen und Kinder, bezeichnet, die während des Krieges freiwillig oder auf Behördenanordnung aus luftkriegsbedingten Gründen aus den Städten in die dörflichen oder kleinstädtischen Umlandgebiete evakuiert wurden.⁷³ Im Zuge der Heidelberger Evakuierung im Oktober 1945 wurden auch nach dem Krieg aus Mangel an Wohnraum Menschen in den Landkreis Mannheim evakuiert. Die Evakuierung wurde deshalb notwendig, da ein erheblicher Anteil an Wohnraum durch Kriegseinwirkung zerstört war und außerdem die Besatzungsmacht für

ihre Zwecke Wohnraum beanspruchte. Zunächst sollten 4000 Personen aus Heidelberg auf Lastkraftwagen am 17. Oktober 1945 auf den Landkreis Mannheim verteilt werden. Hemsbach erhielt die schriftliche Nachricht, daß es 130 Personen aufzunehmen hatte. Zuzug sollte nur denjenigen gewährt werden, die einen Zuweisungsausweis vorlegen konnten. In seinem Schreiben vom 29. Oktober 1945 setzt der Landrat des Landkreises Mannheim die Bürgermeister davon in Kenntnis, daß nun doch nicht die zunächst genannte Anzahl an Evakuierten aus Heidelberg aufzunehmen war und daß die Gemeinden nun mit einer geringeren Zuweisung an Evakuierten zu rechnen hätten. Und in der Tat wurde Hemsbach, wie aus einem Schreiben des Bürgermeisteramtes Hemsbach an das Landratsamt vom 13. November 1945 hervorgeht, statt der 130 nur 104 Evakuierte zugeteilt. Diese Evakuierten wurden auf verschiedene Hemsbacher Familien aufgeteilt. Neben den 104 aus Heidelberg Evakuierten befanden sich zu dieser Zeit noch weitere Evakuierte in Hemsbach. Dabei handelte es sich um Personen, die außerhalb Nordbadens in der amerikanischen Besatzungszone beheimatet waren sowie Personen aus der französischen, aus der britischen und aus der sowjetischen Besatzungszone.⁷⁴ Hierauf wird an späterer Stelle nochmals einzugehen sein.

Nachdem die 104 Evakuierten aus Heidelberg⁷⁵ im Oktober 1945 in Hemsbach angekommen waren, deutete sich schon an, daß in den nächsten Monaten mit der Zuteilung von Ostflüchtlingen und Vertriebenen zu rechnen sei. Im Zuge der auf der Potsdamer Konferenz beschlossenen Umsiedelung mußte sich Württemberg-Baden im November 1945 auf die Aufnahme von etwa 500 000 Vertriebenen einrichten. Nordbaden sollte hiervon ca. 200 000 aufnehmen müssen.⁷⁶

Die Aufnahme der vielen Flüchtlinge und Vertriebenen forderte eine genaue Organisation. Noch bevor die Heidelberger Evakuierten nach Hemsbach kamen, wurde am 13. Oktober 1945 auf eine Verfügung des Landratsamtes ein Arbeitsausschuß zur Übersiedelung von Flüchtlingen und Rückgeführten gebildet. Der Arbeitsausschuß sollte für den reibungslosen Ablauf bei der Unterbringung und Betreuung der Hemsbach zugewiesenen Personen sorgen.

Wie ein damaliges Mitglied des Arbeitsausschusses berichtet, trat dieser Ausschuß jedoch nie zu Arbeitssitzungen zusammen. Es war eher so, daß die Mitglieder bei auftretenden Problemen von der Gemeindeverwaltung direkt befragt wurden, ansonsten allerdings die Angelegenheiten von der Gemeindeverwaltung bzw. dem Bürgermeisteramt alleine entschieden wurden. Man kann also schlußfolgern, daß der gebildete Arbeitsausschuß in Hemsbach nur pro forma existierte.

Da die Flüchtlinge und Vertriebenen nicht direkt in die Gemeinden gebracht werden konnten, wurden, um eine geordnete Verteilung zu ermöglichen, staatliche Durchgangslager eingerichtet. Anfang 1947 gab es davon in Württemberg-Baden acht.⁷⁷ In Hockenheim wurde das Lager eingerichtet, das den Hemsbach zugewiesenen Flüchtlingen und Vertriebenen als Durchgangslager diente.

Um die Wohnraumkapazitäten für die Aufnahme der Flüchtlinge und Evakuierten in den einzelnen Gemeinden zu erfassen, wurden in jedem Ort sogenannte Wohnraumkommissionen gebildet. In Hemsbach wurde die Wohnraumkommission am 14. Januar 1946 gebildet. Neben der ortseigenen Wohnraumkommission hatte die Kommission eines Nachbarortes ebenfalls eine Kontrolle in Hemsbach und umgekehrt durchzuführen. Die Hemsbach hier zugeordnete Gemeinde war Hohensachsen.⁷⁸

In dem Zeitraum bis 4. Juli 1946 stieg in Hemsbach die Bevölkerung auf 3978 gegenüber 3039 nach der Volkszählung 1939⁷⁹ und 3310 im Oktober 1945, bevor die Heidelberger Evakuierten eintrafen, an. Seltsam erscheint, daß der Bürgermeister in einem Schreiben an das Landratsamt im Oktober 1945, also noch vor der Heidelberger Evakuierung, angibt, daß bereits 350 Flüchtlinge sich in Hemsbach befänden.⁸⁰ Es finden sich im Gemeindearchiv allerdings keine Hinweise, wann und woher diese Flüchtlinge gekommen sein könnten. Zwar sind erste Flüchtlingszüge ungeplant bereits zwischen Spätsommer und Herbst 1945 in Württemberg-Baden eingetroffen, doch war hier zunächst hauptsächlich Württemberg betroffen.⁸¹ Hinzu kommt, wie in einem Artikel der Rhein-Neckar-Zeitung⁸² zu lesen ist, daß der Landkreis Mannheim Ende 1945 zunächst von der Flüchtlingsaufnahme verschont blieb,

um die stark zerstörte Stadt Mannheim zu entlasten. Hier läßt sich vermuten, da die Heidelberger Evakuierung kurz bevorstand und die Gemeinde, wie auch aus diesem Schreiben hervorgeht, möglichst nicht mehr als 100 Leute aufnehmen wollte, daß es sich bei diesen „Flüchtlingen“ um Evakuierte aus der Zeit während des Krieges handelte, die nach Aussagen von Zeitzeugen bereits seit mindestens Frühjahr 1945 in Hemsbach gewesen sein sollen. Ein weiteres Indiz für diese These ist die Nachlässigkeit der Gemeindeverwaltung in Meldungen an das Landratsamt zwischen Evakuierten und Flüchtlingen bzw. Vertriebenen zu unterscheiden. Hier warf man gerne in einen Topf.

Im Juli 1946 befanden sich 603 Flüchtlinge bzw. Vertriebene in Hemsbach sowie 328 Evakuierte aus allen Besatzungszonen Deutschlands. Dem gegenüber stand die Stammbevölkerung Hemsbachs mit 3046 Einwohnern. Der prozentuale Anteil an Flüchtlingen/Vertriebenen und Evakuierten gegenüber der Bevölkerung betrug also 23,4%.⁸³

Woher kamen die Vertriebenen bzw. Flüchtlinge, die Hemsbach zugewiesen wurden? Eine erste detaillierte Aufgliederung ist erst ab Juli 1946 möglich. Unter den genannten 603 Flüchtlingen und Vertriebenen waren 167 Ungarn, 284 Sudetendeutsche, 40 Ostflüchtlinge aus Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, 25 aus Jugoslawien, 37 aus Rumänien, 7 aus dem französischen Generalgouvernement sowie 16 Reichsdeutsche aus Österreich und 13 Sonstige. Damit stellten die Sudetendeutschen den größten Teil, was vermutlich auch so blieb. Eine weitere genaue Unterscheidung ist hier leider nicht möglich. In den Meldungen der Folgezeit subsumierte das Bürgermeisteramt alle Flüchtlinge und Vertriebene unter dem Begriff *Ostflüchtlinge*. Die späteren etwas detaillierteren Angaben unterschieden allerdings nicht mehr zwischen Sudetendeutsche und Ungarn. So finden sich in den Meldungen vom Januar und Februar 1947 die Angaben von insgesamt 477 bzw. 481 Ungarn und Sudetendeutsche sowie 47 Ostflüchtlingen und 153 übrigen.⁸⁴ Insgesamt läßt sich festhalten, daß die Zahl der Flüchtlinge in Hemsbach im Zeitraum zwischen Februar 1946 bis Januar 1949 von 32 auf 776 stetig angewachsen ist.⁸⁵

Neben den Flüchtlingen befanden sich, wie bereits erwähnt, auch Evakuierte aus der britischen Besatzungszone, der französischen Zone und der sowjetischen Zone zwischen 1945 und 1949 in Hemsbach. Hinzu kamen noch die Evakuierten aus der amerikanischen Zone, die ursprünglich in Großstädten Nordbadens (z. B. Heidelberg, Mannheim) beheimatet waren oder aus Gegenden außerhalb Nordbadens, die jedoch auch zur amerikanischen Besatzungszone gehörten, stammten. Betrachtet man die Zahlen im einzelnen fällt erneut auf, daß die Stadtverwaltung Hemsbach nicht konsequent und durchgängig die Zahlen der Evakuierten festhielt. So können beispielsweise zwischen Januar und Mai 1946 keine Angaben über die Zahl der Evakuierten aus der amerikanischen Besatzungszone gemacht werden. Die angegebene Zahl im Januar 1946 von 130 deckt sich mit der Größenordnung der Heidelberger Evakuierten zuzüglich 26 weiterer Personen, die es durchaus während des Krieges nach Hemsbach verschlagen haben könnte. Erstaunlich bleibt in der Folgezeit, daß die Zahl der Evakuierten aus der amerikanischen Zone, von denen laut Statistik der Gemeindeverwaltung die deutliche Mehrheit von etwa 120 Personen aus Nordbaden stammte, nahezu konstant blieb, obwohl im Juni 1946 die Rückführung der Heidelberger Evakuierten angeordnet wurde. Es bleibt die Frage bestehen, warum diese nicht der Anordnung des Landratsamtes bzw. der Militärregierung folgen mußten.⁸⁶

Bei der genauen Betrachtung der Evakuiertenzahlen⁸⁷ stellt sich erneut die Frage, was aus den 350 Personen geworden ist, die das Bürgermeisteramt im Herbst 1945 als Flüchtlinge in Hemsbach angegeben hat. Bei einem Blick auf die im Archiv vorhandenen Angaben scheint sich meine These, es habe sich bei diesen 350 Personen um Evakuierte gehandelt nicht zu bestätigen, da die Anzahl der gesamten Evakuierten im Januar 1946 mit 182 deutlich geringer ausfällt als 350. Ein Teil von ihnen könnte sich durch unter den im Januar 1946 in Hemsbach Anwesenden befunden haben. Der Rest könnte allerdings bereits wieder in seine Heimat zurückgekehrt sein, denn wie *Sauer*⁸⁸ angibt, hatten bis Herbst 1946 viele der aus Nord- und Nordwestdeutschland Stammenden, die bereits im Frühjahr 1945 nach Nordbaden

und Nordwürttemberg evakuiert wurden, Württemberg-Baden wieder verlassen. So soll sich die Zahl derer von 260 000 im Frühling 1945 auf 50 000 im Herbst 1946 verringert haben. So könnte es sein, daß die 350 Personen, sofern sie sich wirklich im Herbst 1945 in Hemsbach befunden haben, noch im Winter Hemsbach verlassen haben.

Auf Anordnung der Militärregierung mußten die aus der britischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone stammenden Evakuierten zwischen Februar 1947 und März 1948 Hemsbach verlassen.⁸⁹ Jedoch gab es verschiedene Ausnahmen. So durften z. B. keine Evakuierten, die auf dem Gebiet der amerikanischen Zone geboren waren oder vor dem 1. September 1939 mindestens fünf Jahre dort gelebt hatten, ausgewiesen werden. Weitere Ausnahmen stellten Krankheit und Alter, gewerbliche Selbständigkeit oder sonstige benötigte Arbeitskräfte in Landwirtschaft, Industrie und Verwaltung sowie auch eine bestehende Ehe mit einem Bewohner der amerikanischen Zone dar. Des Weiteren durfte kein Evakuiertes die amerikanische Zone verlassen, wenn gegen ihn ein Spruchkammerverfahren anhängig war.⁹⁰ Es bleibt hier die Frage bestehen, warum die betroffenen Evakuierten Hemsbach erst so viel später verlassen haben.

In Nordbaden betrug die Bevölkerungszahl Ende 1945 1 130 000, wuchs Ende 1945 auf 1 383 000 und erreichte 1950 1 467 000 Menschen.⁹¹

Wie sah nun das Bevölkerungswachstum in Hemsbach aus?⁹²

Die Bevölkerung Hemsbachs ist von Oktober 1945 bis September 1950 stetig gestiegen. Lediglich im Februar 1946 ist ein Rückgang zu vermerken, was mit einem möglich Wegzug von Evakuierten zusammengehangen haben könnte, wie ich ihn bereits erläutert habe. Insgesamt läßt sich sagen, daß die Gemeinde, die vor dem Krieg sich in der Größenordnung von ca. 3000 Einwohnern (1939 waren es 3039) auf deutlich über 4000 Einwohner 1949 vergrößert hat. Dabei entsprach nicht einfach die Differenz dem Zuzug von Neubürgern. Man muß diesen höher ansetzen, da von den 3039 Einwohnern Hemsbachs im Jahre 1939 immerhin 217 dem Krieg zum Opfer fielen. Nimmt man als Basis die Bevölkerungszahl von 3039, wie sie am

17. Mai 1939 bei der Volkszählung ermittelt wurde, so läßt sich gegenüber der am 13. September 1950 durchgeführten Volkszählung mit 4238 Einwohnern ein Bevölkerungswachstum von 39% konstatieren. Der Zuzug von Evakuierten und Vertriebenen legte somit den Grundstein für das Wachstum Hemsbachs.

DIE LEBENSVERHÄLTNISSE DER NEUBÜRGER

Wie die Lebenssituation der Hemsbacher Bevölkerung in der Zeit 1945–1949 war, wurde schon beschrieben. Hier gilt es, einen besonderen Blick auf die schwierige Situation der Flüchtlinge, Vertriebenen und Evakuierten zu werfen. Bevor diese im einzelnen geschildert werden soll, gilt es sich immer wieder vor Augen zu halten, daß diese Menschen ihre Heimat, ihr Heim und all ihr Hab und Gut, bis auf ein paar persönliche Dinge, verlassen bzw. zurücklassen mußten. Sie wurden nun in für sie fremde Gegenden gebracht, zu fremden Menschen, in der Ungewißheit was aus ihnen und ihren Ehemännern, Söhnen und Brüdern, die sich vielleicht noch im Krieg befanden, würde. War man doch froh, den Krieg heil überstanden zu haben, so wußten diese Menschen auch jetzt nicht, was auf sie zukam. Was hier im folgenden beschrieben wird, basiert allein auf den Berichten von Zeitzeugen, Neubürgern und Einheimischen, da hier keine Archivakte ausreichend Auskunft geben kann.

Wie bereits erwähnt wurden die Vertriebenen, die nach Hemsbach kamen zunächst im Durchgangslager Hockenheim untergebracht. Die Verhältnisse hier waren besonders schwierig. Man erhielt nur das nötigste, sowohl an Essen, wie auch an Kleidung und sonstigen Gebrauchsgütern. Jede Familie hatte in diesem Lager ein kleines Abteil, das durch Tücher von den anderen getrennt war. Krankheiten, Läuse und Wanzen bestimmten das Leben in diesem Lager, wo so viele Menschen auf engstem Raum leben mußten. Klar, daß die Betroffenen froh waren, wenn sie endlich auf Lastkraftwagen in die Gemeinden gebracht wurden. Zuvor wurden sie allerdings noch gründlich untersucht und, wie man sagte, „entlaust und entwanzt“.

Als die Flüchtlinge ab Februar 1946 nach Hemsbach kamen, wurden sie zunächst in

Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. In Hemsbach dienten zu diesem Zweck die Goetheschule, die Krone, der Ratskeller und die Feuerwache. Diese Quartiere dienten allerdings nur vorübergehend, denn die Amerikaner verließen Hemsbach mit dem Zeitpunkt als die Vertriebenen eintrafen. Ihre Unterkünfte standen nun den Vertriebenen zur Verfügung. Solange diese in den Gemeinschaftsunterkünften waren, wurden sie in Gaststätten mit Lebensmitteln bzw. Mahlzeiten versorgt. So gingen beispielsweise die in der Goetheschule untergebrachten Vertriebenen in die Gaststätte Zorbach in der unteren Bachgasse zum Essen. Die benötigten Räume wurden von der Gemeindeverwaltung beschlagnahmt. Die Kosten für die Ernährung der Vertriebenen mußte die Gemeinde aufbringen.⁹³

Nach wenigen Wochen wurden die Vertriebenen, so wie zuvor auch schon die Evakuierten, auf Hemsbacher Familien verteilt. Bewohnte eine dreiköpfige Hemsbacher Familie vier Zimmer, so mußte sie zwei davon an Flüchtlinge und Vertriebene abgeben.⁹⁴ In den Wohnungen der Hemsbacher ging es den Vertriebenen relativ gut. In den meisten Fällen wurden sie fair aufgenommen.

Schwierig war die Versorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen mit Kleidung. Da sie meist alles in ihrer Heimat zurücklassen mußten, hatten sie kaum mehr Kleidung als die auf ihrem Körper. Wie bereits erwähnt, war die Versorgung mit Kleidung und Schuhen in dieser Zeit sehr problematisch, so daß man sich ausmalen kann, wie sehr die Vertriebenen unter dem besonders kalten Winter 1946/47 zu leiden hatten. Auch im Lebensmittelbereich ging es den Flüchtlingen nicht so gut wie den meisten Hemsbachern. Sie hatten nicht die Möglichkeit, Lebensmittel selbst zu produzieren und waren auf ihre Versorgungsmarken angewiesen, die es galt, sorgsam einzuteilen.

Als die Flüchtlinge und Vertriebene schließlich ihre festen Unterkünfte hatten, konnten viele auch arbeiten gehen. Viele Hemsbacher, Einheimische und Flüchtlinge, arbeiteten zu dieser Zeit bei Freudenberg und den Gummwerken in Weinheim, bei Mercedes Benz und BBC in Mannheim aber auch bei der Hemsbacher Tabakfabrik Freiburg. Mehr und mehr Väter kamen aus der Kriegsgefangenschaft

zurück und die Familien fanden wieder zusammen. Langsam begann man sich eine Existenz aufzubauen. Als jenseits der Bahnlinie zu bauen begonnen wurde, schufen sich viele Neubürger ein neues Zuhause.

FAZIT

Die Zeit nach 1945 wird oft als Neubeginn gekennzeichnet. Sicherlich lassen sich in Hemsbach entsprechend Belege dafür finden, wenn gleich bemerkt werden muß, daß es oftmals auch ein nur Weitermachen gab, obwohl vielleicht ein Neuanfang nötig gewesen wäre.

Politisch kann man sicher insofern von einem Neubeginn sprechen, da nach der nationalsozialistischen Diktatur nun wieder freie Wahlen stattfanden und neue Parteien gegründet wurden. Schaut man allerdings auf die Verantwortlichen, so stellt man fest, daß hauptsächlich diejenigen sich engagierten, die ihre politischen Wurzeln bereits in der Weimarer Republik hatten. Sicher liegt die Ursache auch darin, daß die amerikanische Besatzungsmacht bei der Einsetzung der Gemeindeverwaltungen Personen auswählte, die nicht in der NSDAP waren bzw. von den Nazis 1933 ihres Amtes enthoben und verfolgt wurden.

Im gesellschaftlichen Bereich muß man feststellen, daß die alten Dorfstrukturen erhalten blieben. Wer vor dem Krieg zu den wohlhabenden Bürgern gehörte, tat dies auch nach dem Krieg. Auch an der Gewerbestruktur änderte sich nichts und diejenigen, die im Nationalsozialismus verantwortliche Stellen innehatten, waren in der Dorfgemeinschaft schnell rehabilitiert bzw. bis auf die Tatsache, daß sie nun nicht mehr politisch tätig sein konnten, änderte sich nichts.

Die größte Veränderung liegt im Zuzug der Flüchtlinge, Vertriebenen und Evakuierten, die, sofern sie in Hemsbach blieben, bald zu Neubürgern wurden und die Voraussetzung zum Wachsen Hemsbachs in den nächsten Jahrzehnten schufen. Neubürger und Stammbürger vermischten sich zunehmend, so daß die „alte Dorfgemeinschaft“ zerstört wurde, wenngleich auch heute noch Überreste spürbar sind.

Zur Befindlichkeit der Hemsbacher Bevölkerung muß bemerkt werden, daß es aufgrund der ländlichen Lage ihr doch verhältnismäßig

gut ging. Die wenigsten mußten Hunger leiden, sondern konnten sich gut versorgen, ohne dabei die geforderten Abgaben zu leisten. Dies galt natürlich nicht für die Flüchtlinge und Vertriebenen. Sie waren auf die Versorgungskarten angewiesen und bekamen in diesem Punkt doch zu spüren, daß sie nicht „dazugehörten“. Hierin liegt wohl auch die Begründung, warum Zeitzeugen berichten, daß Flüchtlinge und Einheimische jeweils unter sich blieben.

Abschließend läßt sich sagen, daß die Entwicklung in Hemsbach sicher exemplarisch für andere Dörfer in Nordbaden ist. Zur damaligen Zeit hatten alle mit den gleichen Schwierigkeiten fertig zu werden und so soll die Darstellung Hemsbach einladen, im eigenen Dorf, der eigenen Stadt einmal „nachzuforschen“, zu vergleichen und die Geschichte der eigenen Heimat konkret und persönlich werden zu lassen.

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag basiert auf einer wissenschaftlichen Hausarbeit mit dem Titel „Hemsbach in der Besatzungszeit 1945 bis 1949. Fachliche Analyse und Überlegungen zu einer Behandlung des Themas im Geschichtsunterricht der Realschule“, die ich im Zuge des Ersten Staatsexamens für das Lehramt an Realschulen bei der Pädagogischen Hochschule Heidelberg vorgelegt habe. Dem Mentor der Arbeit, Prof. Dr. Uwe Uffelmann, gilt an dieser Stelle mein Dank für die freundliche Unterstützung bei der Anfertigung der Arbeit und dieses Artikels. Grundlage der Arbeit ist neben der angegebenen Literatur bisher nicht ausgewertetes Archivmaterial aus dem Stadtarchiv Hemsbachs sowie die Erkenntnisse, die aus Gesprächen mit Zeitzeugen gewonnen wurden. Meinen Interviewpartnern gilt erneut mein Dank für die aufschlußreichen Gespräche.
- 2 Kastner, Julius Friedrich: Hemsbach an der Bergstraße im Wandel der Zeit. Herausgegeben von der Stadt Hemsbach, Hemsbach 1980, S. 150.
- 3 Gemeindearchiv A 625.
- 4 Kastner, J. F., a. a. O., S. 150 f.
- 5 Ebenda, S. 154.
- 6 Sauer, Paul: Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Eine Dokumentation, Ulm 1979, S. 14.
- 7 Ebenda, S. 17.
- 8 Ders.: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden 1945–1952, Ulm 1978, S. 43.
- 9 Ebenda, S. 43 f.
- 10 Uffelmann, Uwe: Württemberg-Baden. In: Thierfelder, Jörg/Uffelmann, Uwe (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat, Karlsruhe 1991, S. 78.

- 11 Hug, Wolfgang: Geschichte Badens, Stuttgart 1992, S. 378.
- 12 Sauer, P.: Demokratischer Neubeginn, a. a. O., S. 26 f.
- 13 Gemeindearchiv A 124 und A 189 bzw. Kastner, Julius Friedrich, a. a. O., S. 272 sowie CDU-Stadtverband (Hrsg.): Festschrift 50 Jahre CDU Hemsbach, Hemsbach 1995, S. 7 f.
Anmerkung: Die Festschrift der CDU will wissen, daß der neugebildete Gemeinderat aus früheren Vertretern der SPD, DVP, KPD und dem Zentrum bestand. Es gibt in der Gemeindechronik und im Gemeindearchiv keinerlei Hinweise für ein Existieren der DVP im Zeitraum 1945–1949 in Hemsbach. Aussagen von langjährigen aktiven Mitgliedern der Hemsbacher FDP zufolge, ist mit dem FDP-Ortsverein erstmals in den 60er Jahren eine liberale Partei in Hemsbach aktiv tätig gewesen. Die Frage bleibt: Wenn es in der Weimarer Republik einen DVP-Ortsverein o. ä. in Hemsbach gegeben hat, warum hat dieser sich nicht nach dem Krieg neu formiert, zumal scheinbar Vertreter der DVP zu den Männern der ersten Stunde im Hemsbacher Gemeinderat gehörten?
- 14 Kastner, J. F., a. a. O., S. 260, 263.
- 15 Sauer, Paul: Die Entwicklung der Parteien. In: Thierfelder, Jörg/Uffelmann, Uwe (Hrsg.), a. a. O., S. 158 f.
- 16 Ebenda, S. 159–161.
- 17 Ders.: Demokratischer Neubeginn, a. a. O., S. 100 f.
- 18 Ders.: Die Entwicklung der Parteien, a. a. O., S. 160.
- 19 Ebenda, S. 161 und ders.: Demokratischer Neubeginn, a. a. O., S. 104 f.
- 20 Hug, W., a. a. O., S. 381.
- 21 Sauer, P.: Demokratischer Neubeginn, a. a. O., S. 101.
- 22 Ebenda, S. 105.
- 23 Gemeindearchiv A 694.
- 24 CDU-Stadtverband (Hrsg.): Festschrift 50 Jahre CDU Hemsbach, Hemsbach 1995, S. 8.
- 25 SPD-Ortsverein (Hrsg.): 1889–1979 SPD Ortsverein Hemsbach, S. 12 f.
- 26 Freie Wählervereinigung Hemsbach (Hrsg.): Informationsblatt zur Entstehung und Entwicklung der Freien Wählervereinigung in Hemsbach.
- 27 Kastner, J. F., a. a. O., S. 272.
- 28 Ebenda.
- 29 Gemeindearchiv A 694.
- 30 Sauer, P.: Demokratischer Neubeginn, a. a. O., S. 105–107.
- 31 Ebenda, S. 109.
- 32 Rhein-Neckar-Kreis (Hrsg.): 50 Jahre Kreistag. Wahlen, Abgeordnete, Bilanzen 1946–1996, Heidelberg 1996, S. 70–72.
- 33 Gemeindearchiv A 229.
- 34 Kastner, J. F., a. a. O., S. 260.
- 35 Gemeindearchiv A 230.
- 36 Ebenda.
- 37 Ebenda.
- 38 Ebenda.
- 39 Kastner, J. F., a. a. O., S. 260.
- 40 Als Quelle gibt er hier den heute nicht mehr auffindbaren Aktenordner A 189 an.
- 41 Gemeindearchiv B 131.
- 42 Kastner, J. F., a. a. O., S. 272.
- 43 Gemeindearchiv B 131.
- 44 Rhein-Neckar-Kreis (Hrsg.): 50 Jahre Kreistag. Wahlen, Abgeordnete, Bilanzen 1946–1996, Heidelberg 1996, S. 90 f.
- 45 Sauer, P.: Nordbaden. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Badische Geschichte vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, Stuttgart 1979, S. 242 f.
- 46 Gemeindearchiv B 131.
- 47 Sauer, P.: Nordbaden, a. a. O., S. 243.
- 48 Uffelmann, U.: Württemberg-Baden, a. a. O., S. 77.
- 49 Errechnet nach Kastner, J. F., a. a. O., S. 161.
- 50 Rhein-Neckar-Kreis (Hrsg.), a. a. O., S. 92 f.
- 51 Ebenda, S. 92–95.
- 52 Kastner, J. F., a. a. O., S. 272 f.
- 53 Gemeindearchiv B 131.
- 54 Kastner, J. F., a. a. O., S. 273.
- 55 Gemeindearchiv B 131 und A 629.
- 56 Gemeindearchiv A 229.
- 57 Schnabel, Thomas/Schneider, Harald: Die Vertriebenen in Südwestdeutschland. In: Thierfelder, Jörg/Uffelmann, Uwe, a. a. O., S. 120.
- 58 Errechnet nach den Angaben bei Kastner, J. F., a. a. O., S. 161.
- 59 Schnabel, Th./Schneider, H., a. a. O., S. 120.
- 60 Gemeindearchiv A 486.
- 61 Kastner, J. F., a. a. O., S. 158.
- 62 ders. F., a. a. O., S. 157 f.
- 63 Sauer, P., Demokratischer Neubeginn, S. 327 f.
- 64 Ebenda, S. 328–330.
- 65 Ebenda, S. 390–393.
- 66 Gemeindearchiv A 627.
- 67 Merkblatt für die Bürgermeister des Landkreises zum Vorstellungsverfahren im Gemeindearchiv A 627.
- 68 Niethammer, Lutz: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a. M., S. 613 f.
- 69 Gemeindearchiv A 627.
- 70 Ebenda.
- 71 Ebenda.
- 72 Gemeindearchiv A 627.
- 73 Ebenda, S. 113 f.
- 74 Gemeindearchiv A 962.
- 75 Gemeindearchiv A 962. Die Gemeindechronik (Kastner, J. F., a. a. O., S. 156) gibt an, es wären, wie in der ursprünglichen Planung vorgesehen, 130 Evakuierte aus Heidelberg nach Hemsbach gekommen. Nach meinen Recherchen im Stadtarchiv sind aber 104 Menschen nach Hemsbach evakuiert worden.
- 76 Schnabel, Th./Schneider, H., a. a. O., S. 115.
- 77 Ebenda, S. 116.
- 78 Gemeindearchiv A 962.
- 79 Angabe der Stadtverwaltung Hemsbach zur Volkszählung vom 17. Mai 1939.
- 80 Gemeindearchiv A 962.
- 81 Schraut, Sylvia: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945–1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt, München 1995, S. 174 f. sowie Schnabel, Th./Schneider, H., a. a. O., S. 114 und Sauer, P., Demokratischer Neubeginn, a. a. O., S. 236.
- 82 RNZ vom 24. 11. 1945 Nr. 24.2 in Gemeindearchiv A 962.
- 83 Gemeindearchiv A 962.

- 84 Ebenda.
- 85 Ebenda sowie A 629.
- 86 Ebenda.
- 87 Ebenda.
- 88 Sauer, P., Demokratischer Neubeginn, a. a. O., S. 243 f.
- 89 Ebenda.
- 90 Gemeindearchiv A 962.
- 91 Hug, W., a. a. O., S. 383.
- 92 Die Angaben 1939 und 1950 stammen aus Volkszählungen nach Angabe der Stadtverwaltung Hemsbach, die restlichen Angaben aus Gemeindearchiv A 629 und A 962.

- 93 Gemeindearchiv A 962.
- 94 Ebenda.

Anschrift des Autors:
Lars Hoffmann
Akazienweg 45
69502 Hemsbach